## STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: BRB / Bürgermeister- und Ratsbüro

## Sitzungsvorlage

Datum: 27.03.2023 Drucksache Nr.: 23/0140

Beratungsfolge

Sitzungstermin Behandlung

Rat

27.04.2023

öffentlich / Entscheidung

#### **Betreff**

Wahl von Vertreterinnen/Vertretern der Stadt Sankt Augustin in Organe von Gesellschaften und Verbände

## Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin bestellt die nachfolgend aufgeführten Personen für die genannten Gremien:

## 1. Wirtschaftsförderungsgesellschaft Sankt Augustin mbH

#### Aufsichtsrat:

Persönliche Vertreterin von Bürgermeister Prof. Dr. Max Leitterstorf:

Claudia Seidl

## 2. Volkshochschulzweckverband Rhein-Sieg

## Verbandsversammlung:

Persönlicher Vertreter von Bürgermeister Prof. Dr. Max Leitterstorf:

Rainer Gleß

# 3. Gemeinnützige Baugenossenschaft Mitgliederversammlung: Mitglied: Vorschlag der Verwaltung wird nachgereicht 4. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis Gesellschafterversammlung: Mitglied: Rainer Gleß 5. Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Sieg Mitgliederversammlung: Stellv. Mitglied: Gerhard Kasper 6. Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund Mitgliederversammlung: Mitglied: Vertreter: Prof. Dr. Max Leitterstorf Benedikt Bungarten 7. Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH i.L. Gesellschafterversammlung: Mitglied: Vertreterin: Anne Haarmann Claudia Seidl

## Sachverhalt / Begründung:

In der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Sankt Augustin am 04.11.2020, DS-Nr. 20/0408 wurde gem. § 113 GO NRW Herr Ali Doğan in Organe von verschiedenen Gesellschaften und Verbänden bestellt.

Die Amtszeit von Herrn Ali Doğan bei der Stadt Sankt Augustin endete am 01.02.2023. Der Rat der Stadt Sankt Augustin muss die dadurch vakant gewordenen Positionen neu besetzen.

Dr. Max Leitterstorf Bürgermeister
Die Maßnahme  hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral hat finanzielle Auswirkungen
Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €.
Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.
Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von  über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.  über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).
Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.
Bei der Maßnahme wurden inklusionsrelevante Aspekte berücksichtigt.  Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf die Inklusion.